

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags...

Die achtgrößte Monopolliste über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amerika lehnt die Vermittlung ab

W. Washington, 22. April. (Funkspruch.)

Die Antwort der Vereinigten Staaten auf das deutsche Vermittlungsgesuch lautet folgendermaßen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann sich nicht dazu verstehen, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen...

Die Vereinigten Staaten lehnen also das Schiedsrichteramt ab. Das wußte jedermann außer der deutschen Regierung im voraus.

Die Alliierten wünschen ein neues Angebot

Der Londoner Berichterstatter der 'Vossischen Zeitung' hat sich gestern an 'bestinformierter Stelle' über die Absichten und Ansichten der englischen Regierung erkundigt.

Es herrsche bei den Alliierten eine ungeheuer große Enttäuschung darüber, daß von Deutschland gar nichts erfolgt sei, um die Krise abzuwenden.

gegebenenfalls ein militärisches Vorrücken nicht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen begleitet sein."

Die Parteiführer beim Außenminister

Zu gestern abend hatte Minister Simons die Führer der Fraktionen des Reichstages zu einer Besprechung geladen...

Der Reichstag wird sich voraussichtlich heute nur zu einer kurzen Sitzung versammeln. Um 1/4 Uhr soll der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten zusammentreten.

Kontrollrecht über das Ruhrgebiet

Paris, 22. April.

Die Morgenblätter beschäftigen sich mit der gemischten Kommission nunmehr alle Einzelheiten für den Plan zur Beilegung des Ruhrgebiets festgelegt hat.

nehmungen des Ruhrgebiets in die Hand der Alliierten zu spielen, das andere wollte diese den deutschen Gesellschaften zur Weiterausübung überlassen...

Sofort nach Schluß der Sitzung sind die Ergebnisse der Beratungen dem Ministerpräsidenten Briand mitgeteilt worden...

Die Tschchoslowakei und die Sanktionen

W. Prag, 22. April.

Der Klub der sozialdemokratischen Linken beschloß dem 'Rube Gravo' zufolge, gegen die abermalige Vertagung des Abgeordnetenhauses zu protestieren.

Das Präsidium der tschechisch-sozialdemokratischen Partei besaßte sich am 19. d. Mts. mit den Sanktionen, wobei es dem Wunsch aussprach, daß der Außenminister seinen Standpunkt darüber darlegen möge.

Die 'Prager Abendzeitung' berichtet über eine Beratung des Vorstandes des Glasarbeiterverbandes in Teplih-Schönau...

Stegerwalds Regierungserklärung

Der Minister von Stinnes Gnaden

Ministerpräsident Stegerwald hielt heute vormittag im Preussischen Landtag seine Antrittsrede. Das Haus war stark besetzt, die neuen Minister hatten auf den Regierungsbänken Platz genommen.

Als Herr Stegerwald die Frage der Rechtspflege anschnitt und betonte, daß das Rechtsbewußtsein des Volkes sich nur bestärken könne, wenn zwischen Volk und Justiz ein Vertrauensverhältnis bestehe...

Zum Schluß besprach er die Verschärfung der außenpolitischen Lage, die durch Inkrafttreten der Zwangsmaßnahmen immer bedrohlicher würde.

Die Rede des Ministerpräsidenten Stegerwald bestand im wesentlichen also nur aus Worten. Jrgendwelchen fruchtbareren Gedanken wußte er nicht vorzutragen.

war darauf angelegt, die Gunst der Rechtsparteien, insbesondere der Stinnespartei, zu gewinnen, und deshalb vermied es Herr Stegerwald auch, die Frage der Hohenzollernabfindung anzuschneiden...

Das Haus wurde nach der Erklärung Stegerwalds auf 2 Uhr nachmittags vertagt. Dann wird die Debatte über das Stegerwaldsche Programm beginnen.

Der Wortlaut der Erklärung

Meine Damen und Herren! Sie haben mich gestern zum zweiten Male zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke Ihnen für diesen erneuten Beweis Ihres Vertrauens.

Das Programm meines Ministeriums muß der gegenwärtigen Lage angepaßt sein.

Was das Gebiet der inneren Politik anlangt, so steht die Regierung einmütig auf dem Boden der Reichs- und preussischen Verfassung.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande bedarf es in der gegenwärtigen Zeit einer zureichenden Führung der inneren Verwaltung, die sich nicht bloß auf die unbedingt leistungsfähig zu haltenden staatlichen Machtmittel mit Nachdruck stützt...

Kapitalistische Sabotage des Wiederaufbaus

Unsere Fortschrittler sind von einem Genossen aus Frankreich ein Schreiben erhalten, das seine nächste Erklärung für sich spricht. Der Genosse schreibt:

„Genossen, ich befinde mich seit 1. Januar hier in Genes, einem vollständig zerstörten Dorf Nordfrankreichs, das etwa 20 Kilometer nordwestlich von Verdun liegt. Wie kam ich hierher? Das war so: Weit abseits vom politischen Leben hat sich im Juli vorigen Jahres zu Bilthoven in Holland eine Schar intellektueller Menschenfreunde zusammengefunden, um sich mit der Frage zu beschäftigen, wie es möglich ist, nach dem brendeten Kriege praktische Versöhnungsarbeit zu leisten. Die „Christliche Internationale“, wie sich unsere Freunde nennen, beschloß, eine Gruppe internationaler Arbeiter zu bilden, die gewillt sind, in unparteilicher Weise den Bewohnern der zerstörten Gebiete zu helfen. Nicht theoretisch, nicht durch einfache Resolutionen ober dem Himmel versprechende Erklärungen, sondern durch positive Betätigung am Wiederaufbau.“

So kam unsere erste Gruppe, der ich angehöre, zustande. Alle, die sich uns anschließen, verpflichten sich, die Arbeit freiwillig und ohne besonderen festen Lohn zu leisten. Für die Familienangehörigen in der Heimat wird aufs Beste gesorgt. Auch für die Arbeiter selbst ist ebenfalls für Wohnung, Verpflegung und Bekleidung bestens gesorgt. Außerdem erhält jedes Mitglied im laufenden Monat ein Taschengeld, das im Kreise der „Kamille“ zusammen beschaffen wird. Für Alkoholische ist hier kein Platz. Unsere Freunde haben besondere Mühe gehabt, für uns Deutsche die Einreiseerlaubnis zu bekommen. Zur allgemeinen Beruhigung gewisser Kreise in Deutschland, die da so viel von einer „Verschiebung in die französische Fremdenlegion“ schrieben, möge es genügen, daß wir hier in sehr guter Gesellschaft sind. Bis jetzt haben wir vier Holzbaracken (Wohnhäuser) fertiggestellt, etwa 20 Häuser waren in Aussicht genommen. Jedoch mußten wir unsere Bautätigkeit unterbrechen, weil angeblich bei der französischen Regierung kein Geld vorhanden sei, um unsere Mühen zu belohnen.“

Nachdem für die fertigen Häuser das Geld ausgezahlt war, erhielten wir vom Bürgermeister des Ortes Befehl, von der Präsektor sei uns von jetzt ab jede öffentliche Arbeit zu unterlassen. Private Bestellungen können wir noch ausführen. Somit ist für uns eine dunkle Zukunft herangekommen. Seit der Einstellung des Barackenbaus haben wir, um der Gemeinde wirklich zu helfen, eine Straße fertiggemacht, ferner verschiedene Felder, die von den Granaten sehr böse zugerichtet waren, neu hergerichtet. Für unseren eigenen Hausbedarf ist ein Garten angelegt und dergl. mehr. Daß diese Arbeit nicht gerade schön und leicht war, kann jedermann glauben. Die neu hergerichteten Gärten und Felder sind, bevor wir Hand anlegten, doch nichts als Stein- und Schuttberge gewesen. Diesen Ruhm kann sich der moderne Militarismus zuschreiben. Und daß die allerbardesten Verhältnisse haben kann, ist leicht begreiflich. So haben wir mit doppelten Schwierigkeiten zu kämpfen. Der französische Nationalist steht uns Deutsche nicht gerne, und so kam es auch schon zu einer offenen Hege gegen unsere Gruppe im allgemeinen und uns „Boches“ im besonderen. Von behördlicher Seite ist uns jede weitere fruchtbringende öffentliche Arbeit unterbunden. Wie soll das noch enden?

Darum, Genossen, ans Werk! Wollen wir den internationalen Kapitalismus mit seinen Begleiterscheinungen, als da sind: Militarismus, Klerikalismus und Imperialismus, erfolgreich bekämpfen, bestegen, dann nehmt jedes Mittel, das uns auf den Weg zum allgemeinen Weltfrieden führt, und gebraucht es. Genossen, nehmt die Wiedergutmachungsarbeit fest in die Hand, und die Zukunft ist unser. — Trostdem und alle dem.

Mit den herzlichsten Parteigrüßen Euer (folgt Name des Genossen).

Die Anschlußfrage

Der sozialdemokratische Landeshauptmann-Stellvertreter in Tiro, Dr. Grünner, erklärt, wie U. meldet, die Sozialdemokraten lehnten jede Verantwortung für die separatistische Abstimmung und für ein etwaiges Mißlingen wegen der

nem Auftreten in der Revolution scharf verfolgt. Besonders die Rechtssozialisten haben in den Kämpfen von 1919 ihren Koss gegen Gross losgelassen und alle Zeitstrahlen (auch die „Freie Welt“) wochenlang oder ganz unterdrückt, die es wagten, die Karikaturen von Gross zu bringen. Die Empörung, die sie jetzt mimen, ist also drohlich genug. Im übrigen wird die Welt des Militarismus durch das Urteil von den Zeichnungen von Gross nicht befreit werden, denn sie sind schon in vielen Händen und ihre Reproduktion ganz leicht. Einmal wird sie wohl wieder gestattet werden, und dann mag die Nachwelt sehen und lachen, wie die „Edelsten der Nation“ einmal ausgesehen haben.

Sommernachtsraum. Zwei Gründe ganz verschiedenen Ursprungs werden von den Freunden des „Großen Schauspielhauses“ angeführt, um seine Existenzberechtigung darzutun. Man sagt, heutzutage könne eine Bühne mit guten Kräften und gutem Spielplan, bei erschwinglichen Eintrittspreisen nur bestehen, wenn das Theater ein paar tausend Besucher fasse. Stimmt das, so ist damit durch wirtschaftliche Gründe die Existenzberechtigung des „Großen Schauspielhauses“ als einer Art Theater der Minderbemittelten allerdings erwiesen.

Der zweite Existenzberechtigungsgrund ist ganz anderer, geistiger Art. Er bezieht sich auf die „Große Schauspielhaus“ nötig haben als ein Theater der Gemeinschaft, in dem durch die dem Zuschauer nähergerückte Vorbühne und die gleichsam mitten unter die Zuschauer gerückte Arena, sowie den Eindruck des gewaltigen, mehrere Tausend Menschen umfassenden Raums eine Art Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl erweckt werden soll, das den Boden bereitet für eine neue Art des mehr religiös-politisch gerichteten Theaters.

Den zweiten geistigen Grund gibt Reinhardt durch die Aufführung des „Sommernachtsraums“ von Shakespeare preis. Er läßt überhaupt nicht mehr in der Arena spielen, sondern verplant ganz einfach ohne irgendeine wesentliche Veränderung die Aufführung von der kleinen Bühne des „Deutschen Theaters“ auf die Riesenszene des „Großen Schauspielhauses“.

Nur eine Keuerung erhebt sein Genies diesmal: er legt in die nicht benutzte Arena ein paar Stuhlreihen und fügt auf diese Weise den dreitausend noch einige Duzend Zuschauerplätze hinzu. Das ist ohne Frage ein Gewinn. Nämlich: für die Theaterkasse.

Einen Gewinn für die Aufführung selbst kann ich nicht entdecken. Alles ist größer und doch nicht deutlicher als auf der kleinen Bühne des „Deutschen Theaters“. Vor allem die durch nicht gerade geniale Schauspieler getragenen, zahl- und endlosen Liebesjungen declamieren in der Riesenszene des Hauses und der Bühne jede Annuit, jede Zartheit und wirken manchmal recht langweilig. Titanos Märchen- und Eisenwald wird der Tummelplatz eines ledet nicht immer schweißigen Bassets. Und umher

Sorglosigkeit der Vorbereitungen ab, da sie aber für den Anschluß sind, werden sie Mann für Mann zur Urne gehen.

Der Tiroler Landtag hat die neue Landtagswahlordnung angenommen. Auf Antrag des Landrats Christoph (großdeutsch) wurde beim Kapitel Wahlrecht folgender Zusatz angenommen: Dem im Lande anässigen Angehörigen des Deutschen Reiches wird das Wahlrecht unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit zugesichert.

Der österreichische Botschafter in Paris ist beim Auswärtigen Amt erschienen, um den Standpunkt seiner Regierung im Hinblick auf die Verhandlungen für den Anschluß an Deutschland darzulegen.

Parteitag der holländischen Sozialdemokratie

Zu gleicher Zeit, da sich die belgische Arbeiterpartei in Brüssel und die englische Unabhängige Arbeiterpartei in Southport verammelte, hielt auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ihren Parteitag in Utrecht ab.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Fragen des Militarismus und der Internationale. Entgegen der belgischen Arbeiterpartei, mit der die holländische Partei durch die Zweite Internationale verbunden ist, und die sich für eine sechsmonatliche Dienstpflicht ausgesprochen hat, lehnte die holländische Partei eine Dienstpflicht überhaupt ab. Die bemerkenswertesten Ausführungen machte Van der Goes, der Redakteur von „Het Volk“. „Entweder“, so führte er aus, „sprechen wir uns für die Bewaffnung aus und bewilligen die zur Verteidigung notwendigen Kredite oder wir sind für Entwaffnung und setzen uns der Gefahr aus, im Kriegsfall unsere Unabhängigkeit zu verlieren und das Land besetzen zu lassen. Ich ärgere keinen Augenblick, mich für die letzte Alternative zu entscheiden. Ich nehme lieber diese Gefahren in Kauf, um auf diese Weise einen umso energischeren Kampf für den Frieden führen zu können, denn unbestreitbar ist ein solches Beispiel der Entwaffnung ein mächtiger Antrieb und ein unzerbrechliches Mittel in der Hand der Arbeiterklasse aller Länder, um für die allgemeine Entwaffnung zu kämpfen“. Das bedeutet einen entschiedenen Bruch mit der während des Krieges eingenommenen Politik, die sich zur nationalen Verteidigung bekannt hatte.

Die Aussprache über die Frage der Internationale nahm den breitesten Teil des Kongresses in Anspruch. Das Referat hierüber hielt Trotski. Er sprach sich für den Weiterverbleib in der Zweiten Internationale aus, kritisierte aber das Verhalten der deutschen, belgischen und englischen Mitglieder dieser Internationale. Eine entsprechende, von der Parteileitung vorgeschlagene Resolution wurde gegen 10 Stimmen angenommen. Diese Resolution verpflichtet die holländischen Delegierten, in der Zweiten Internationale die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien zu bekämpfen und drückt außerdem die Auffassung aus, daß es nicht wünschenswert sei, in dem Exekutivkomitee Mitglieder zu setzen, die zugleich einer Koalitionsregierung angehören.

Zum Kommunistenprozeß in Kassel

Von unserem Parteigenossen, Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolf in Düsseldorf, erhalten wir eine Zuschrift, in der die von uns in Nr. 176 wiedergegebene Meldung von Anfang bis zu Ende als erlogen bezeichnet wird. Die Zuschrift bezeugt das, was uns vorher schon Rechtsanwalt Dr. Seidel mitgeteilt hat, daß nämlich keiner der Angeklagten eine Anfrage wegen der Honorarberechnung gestellt, daß auch keiner von ihnen die Kosten für diesen Prozeß getragen habe. In Nr. 183 haben wir bereits den Tatbestand wiedergegeben, so wie er von den beteiligten Anwälten dargestellt wird und an dessen Richtigkeit zu zweifeln kein Anlaß vorliegt.

Ministerwahl im Mecklenburgischen Landtag. Der mecklenburgische Landtag wählte zum Landwirtschaftsminister den Erbpächthofbesitzer Schulz zu Helldorf bei Dömitz. Er gehört politisch dem Dorfunde an. Zum Finanzminister wurde der frühere Finanzminister Alsch gewählt, zurzeit Direktor der staatlichen Filmfabrik zu Schwerin.

Reaktionärer Kurs in Oldenburg. Das oldenburgische Ministerium hat das früher erlassene Verbot der Orgeß für Oldenburg als unhaltbar und ungeschicklich zurückgezogen. Die Stellungnahme des Ministeriums läßt sich auf ein Gutachten des oldenburgischen Justizministers, in dem er zu dem Schluß kommt, daß die Orgeß nicht verboten werden könne. — Der Landtag

so früh und mittelhend wie früher im „Deutschen Theater“ sind nur die Rüpelsternen geblieben.

Reinen Glückwunsch der Theaterkasse! Um kleines Belieid bitte die Kasse.

Her mann Thimig als Fettel wie als Pyramus natürlich herzlich komisch und drollig. Werner Kraus als Thise ein paar Ruancen anders, aber sonst ebenso gut wie früher Viktor Arnold: im ringum wogenden Gelächter unerschütterlich ernst und verlegen. Paul Lange als Oberon ein seltsam gepulsteter Eifenkönig.

Aber weshalb muß in einem so großen Theater die Musik so mangelhaft ersetzt werden?

H. S.

Der Teufel. Liebe Freiheit, Du hast mich in die „Tribüne“ geschickt. Das war nicht nett von Dir. Hier wurde einst die „Wandlung“ gespielt. Von Ernst Toller. Das war, in diesem Theater, dieser Gegend und Gesellschaft, ein arger Mißgriff. Diesmal war „Der Teufel“ dran. Von Molnar. Das war ein Treffer. — Muß ich berichten, was sich zugetragen hat? Ganz einfach: Eine Frau ist drauf und dran, ihren Mann zu betrügen. Aber das macht sie — und gerechtfertigterweise, denn sie macht einen ganz intelligenten Eindruck — so unheimlich, daß es erstens drei Akte lang dauert (erst am Ende des letzten Aktes wird was richtiges daraus), und daß zweitens ein Gefisse dazu nötig ist, der den Teufel vorstellt. Wofür der Autor dieser trefflichen Dame doppelt danken sollte, denn erstens wird aus drei Akten ein abendfüllendes Stück, zweitens läßt sich mit Hilfe des Teufels allerlei theaterwirksames Blendwerk hinstellen. Das merkt so leicht keiner. Nur manchmal kommt selbst der Teufel ohne plumpe Theatertricks nicht aus. Dann wirds peinlich. — Soll ich noch mehr schreiben? Nur noch das: Wir haben mit diesem Theater nichts zu tun. Die „Tribüne“ mißamt dem „Teufel“ geht uns gar nichts an. Diese Kunst-Ideen wir denen, die die Plätze in diesem Theater bezahlen können. Dem geistigen Bedarf und Fassungsvermögen dieses Publikum, das erschienen war (aller Welt war es nicht, liebe Freiheit), entspricht sie ganz. — Ge spielt wurde im allgemeinen gut. Wäre denn nicht so, und wäre Hanna Kalp als Tolentia nicht so reizend anzuschauen — dann wäre es gräßlich langweilig. Womit ich mich empfehle. — Gel

Tages-Notizen

Wiederholtes Theater. Die vorläufig letzte Aufführung des Schauspiel „Die Kasser“ von Franz Jung findet Sonnabend 7 1/2 Uhr in Altem Schauspielhaus, Gartenanlage, Hofstraße 13, statt.

Chemietheater. Wie? April beginnt an der 7. Köttischen Weißerz- bildungsschule Chemier Str. 74, ein neuer chemischer Experimentierkurs für Anfänger. Es ist für diejenigen bestimmt, die sich aus diesem wichtigen Gebiete umfassendere Kenntnisse aneignen wollen. Mit dem Kursus sind monatliche Besichtigungen wichtiger industrieller Anlagen verbunden. Näheres werden bekannt. Die Besichtigungen sind kostenlos. Besuche und Vorleser in Leipzig, das Institut für Organische Chemie, eine Kellnerin, eine Schichtarbeiterin, die Schichtarbeiterin in Stuttgart, eine Kellnerin, die Vereinigten Gewerkschaften u. a. m. Besichtigungen werden täglich im Amtsbüro entgegengenommen, wobei eine Gebühr von 2 Mark für das Sommersemester erhoben wird.

lehnte einen Antrag der Unabhängigen, beim Reichspräsidenten die Aufhebung der Sondergerichte in Preußen, Hamburg und Sachsen zu beantragen, ab.

Beginn der Elektrifizierung der deutschen Eisenbahnen. Als erste deutsche Strecke größerer Ausdehnung wird im kommenden Jahre die Strecke München — Regensburg elektrisch betrieben werden, wofür der Reichsverkehrsministerium als erste Rate 48 Millionen Mark ausgeworfen sind.

Abtinnung über die Resolution Anoz. Die amerikanische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten zog die Resolution Anoz hinsichtlich der Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Oesterreich in Beratung. Die Abstimmung wird am Montag erfolgen. Es wurde beschlossen, die Bedingungen, die sich auf Oesterreich beziehen, ein wenig zu erleichtern.

Die Arbeitslosigkeit in England. Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen und die der Arbeiter mit eingeschränkter Arbeitszeit insgesamt etwa 2 641 000 beträgt.

Groß-Berlin

Zur Nichtbestätigung einiger Stadträte

Obgleich sämtliche Bezirksversammlungen den Wünschen des Oberpräsidenten in der Zusammenziehung der Bezirksämter nachgekommen sind, hat er dennoch, entgegen seinen vorher abgegebenen Versprechungen, einigen Stadträten die Bestätigung bis her verweigert. In der vom Oberpräsidenten inspirierten Korrespondenz wird versucht, die Deftlichkeit dahingehend zu beeinflussen, als wenn die in Frage kommenden Stadträte nicht die richtigen Leute seien, oder als wenn tatsächliche gewichtige Gründe gegen sie vorlägen. Die Korrespondenz legt den Gewählten Verale bei, die sie zum größten Teil seit Jahren nicht mehr ausübten, ja in einem Falle hat der Betreffende von ihm angebotenen Beruf überhaupt noch nie gehabt, dagegen verheißt sie die jetzt Verusstätigkeit der Gewählten, die auf kommunalpolitischem Gebiet liegt. Die Stadträte Steuer, Johannissal und Selke-Reinickendorf sind beispielweise seit Jahren im kommunalen Dienst tätig und Genosse Peters-Altenknecht ist in seinem Leben noch nicht 8 Tage Parteistretze gewesen. Wie denen in der Arbeiterbewegung längere Zeit Tätigen bekannt sein dürfte, war er bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst der Leiter der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands und hat sich als dieser weniger auf parteipolitischem als vielmehr pädagogischem Gebiet betätigt. Seit Dezember 1919 ist er als Gemeindevorsteher fast ausschließlich im kommunaldienst tätig. Die Gewählten sind also durchweg im Gegensatz zu dem Eindruck, den die Korrespondenz erwecken will, seit Jahren im Kommunaldienst praktisch beschäftigt, und zwar mit gutem Erfolge.

Wenn nun in der Korrespondenz auch von Protesten die Rede ist, die gegen die Wahl einiger eingeleitet worden ist, so wäre es wirklich interessant, zu erfahren, welcher Art diese Proteste sind. Handelt es sich doch in einem Falle um einen anonymen (1) Protest, der unserem Genossen Wählende zur Last legt, die er gerade besteuert hat und die von seinem bürgerlichen Vorgänger verurteilt waren. Muß man sich schon wundern, daß einem anonymen Protest Rechnung getragen wird, so sollte man wenigstens für schleunigste Klärung auch im Interesse der Betroffenen sorgen, zumal es sich hier um Leute in Gemeindefstellungen handelt. Die von den sozialistischen Wählenden gewählten Stadträte sind auf ihre Qualifikation und Zuverlässigkeit hin gründlicher geprüft worden, als dies wohl jemals bei Anstellung von Beamten von behördlicher Seite geschehen ist.

Gegen den Fahrpreiswucher

Der Bund der Verkehrs- und Zweckverbände Groß-Berlins und der Mark hat am gestrigen Tage eine Delegiertenversammlung in Berlin abgehalten, in der mehr als 30 Vereine vertreten waren. Mit Einräufung nahm die Versammlung von den neuesten Tarifpolitik der Eisenbahnbehörde Kenntnis. Die angekündigte Wiedereinführung von Sonntagsfahrkarten zu erhöhtem Preise wurde als gänzlich ungenügend bezeichnet. Nach einer lebhaften Erörterung wurde folgende Entschließung von der Versammlung angenommen:

Die Delegiertenversammlung des Bundes der Verkehrs- und Zweckverbände von Groß-Berlin und der Mark erhebt Einspruch gegen die vom Herrn Eisenbahnminister geplante abermalige Verteuerung des Verkehrs. Insbesondere protestiert die Versammlung gegen die ungerechtfertigte Erhöhung der Preise für Monats- und Wochenkarten auch nach den ungünstigeren Orten, die noch keinen Sonntagsfahrkarten haben, deren Bevölkerung sich aber zum größten Teil aus Berliner Arbeitern, Angestellten und Beamten zusammensetzt. Die Forderung von Berliner Bürgern, die dem Rat der Regierung gefolgt sind und sich von Berlin an entlegeneren Orten angesiedelt haben, sind schon durch die Einziehung der Monatskarten sehr benachteiligt worden. Eine noch folgende Preissteigerung der Stammkarten würde ein Schlag gegen die Ansiedlungspolitik des Herrn Verkehrsministers Siegerwald sein und jede weitere Entlastung des Berliner Wohnungsmarktes durch Ansiedlungen in den Vororten unmöglich machen.

Eröffnung der Waldberghausstätte Königsholze. Die städtische Waldberghausstätte Königsholze, die seitlich Tagesbetrieb unterhält, wird am Montag, den 2. Mai, für den Besuch eröffnet. Aufnahme finden erholungsbedürftige weibliche Personen und Kinder bis zu 13 Jahren gegen Zahlung eines Verpflegungsbettes von 5,50 Mark täglich für Erwachsene und 4 Mark für Kinder, wofür Mittagessen und Milch, sowie eine Zuteilung von Milch durch die zuständigen Stellen erfolgt, geliefert wird. Anmeldungen nimmt das Bureau der Erholungsstätte, Neudöln, Richardstraße 118, II, in der Zeit von 9—1 Uhr entgegen.

Die Neufällner Bohrungen auf Petroleum erfolglos. Angeregt durch Wünschelruten gänger hatten Neufällner Bürger auf Veranlassung des früheren Oberbürgermeisters Kaiser auf dem der Stadt Neudöln gehörigen Mittergute Worsdorf bei Andau Bohrungen auf Petroleum vorgenommen. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ohne Erfolg. Das rund 700 Meter runde Bohrloch hat über eine Million Mark Kosten verursacht.

Deutsche Briefmarken zu 10 und 20 Pf. Briefmarken zu 10 und 20 Pf. will die Reichspost jetzt neu einführen. So hohe Werte hatte früher in Deutschland nur die bayerische Post. Wegen der Gebührenerhöhung sollen außerdem Marken zu 1 Pf., 2 Pf. und 5 Pf. eingeführt werden. Wegen Unbedenklichkeit nicht wieder hergestellt werden sollen die Marken zu 20 Pf., 1 Pf. und 1 Pf. Die 5-Pf.-Marke wird als Ergänzungswert beibehalten. Die neuen Gebührenerhöhungen haben sofort wieder einen großen Bedarf an einzelnen Wertzeichen zeitigt, den die einzelnen Postanstalten nicht immer befriedigen können. Die bereits abgeschaffte Marke zu 16 Pf. für Drucksachen ist nur zu haben. Wieder ausgegeben werden auch die Marken zu 25 Pf. und zu 3 Pf. Die Herstellung der neuen und der wieder nötigen alten Marken wird von der Reichsdruckerei beschleunigt. Es müssen aber sehr beträchtliche Vorräte an Marken aufgebracht werden, die nicht mehr oder wenig erforderlich sind, bis die neuen Marken erscheinen können. Die Reichsdruckerei liefert 3 T. Ratt der bestellten, solche zu 5, 75 Pf., 1 Pf., 2 Pf., 3 Pf. usw. Gegen das Freiwerden der einzelnen Sendungen mit mehreren Marken ständt sich begrifflicherweise ein Teil der Absender.

Die Sitzung des Wahlausschusses der Stabschefkommission von Groß-Berlin findet am Sonnabend, den 25. April, nachmittags 2 Uhr, im Zimmer 82 des städtischen Jugendamtes, Neue Friedrichstr. 80, 4 Treppen, statt. Mündliches Erscheinen ist dringend notwendig.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Nachts wieder sehr kühl, am Tage mäßig warm, vielfach heiter, zeitweise kräftig bewölkt, bei größtenteils schwachen, nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

